

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

20.6.1924 (No. 142)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Verlagspreis:  
Nr. 368  
und 364  
Postbelegkarte  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. A. E. v. d.  
Karlsruhe

Verlagspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der als Karlsruherzeitung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Verbindung mit dem Wunschkupon des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Kontokorrentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auspörrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder zu denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in verkürzter Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Anbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen.

### Offenherzigkeiten deutscher Kommunisten gegenüber einem poln. Nationalistenblatt

Die Berliner kommunistische Parteileitung hat sich gegenüber dem Berliner Vertreter der hiesigen ausgesprochenen deutschfeindlichen und nicht minder ausgesprochen antisozialistischen „Kaczpospolita“ außerordentlich offenherzig über die nächsten Ziele der Partei und über ihre Abhängigkeit von Moskau ausgesprochen. Herr Korab-Nucharski schildert seinen Besuch folgendermaßen: Die kommunistische Parteileitung bewohnt ein ganzes Haus in der Rosenthalerstraße. Über dem Tor befindet sich ein auf rotem Papier gedruckter Wahlaufschlag. Nachdem ich den Hof überschritten habe, auf dem viele Arbeiter in Erwartung unbekannter Dinge stehen, klopfte ich an eine Tür, auf der „Auskunftsstelle“ geschrieben steht. Und sogleich werde ich an Ausland erinnert; an einem langen Tisch sitzen 7-8 Leute, die den Eindruck irgend eines Gerichtshofes machen. Ehe sie eine Frage stellen und ehe sie eine Antwort geben, flüstern sie sich geheimnisvoll ins Ohr und sehen mich prüfend an. Alle sind gleich gekleidet und tragen braune Sammetjacken. Unter ihnen sitzt zigarettenrauchend und sich wichtig tuend ein vielleicht 16-jähriger Grünshnabel und neben ihm ein älterer Mann mit einem langen, grautönen Bart mit lauter goldenen Zähnen. „Ich möchte die Herren vom Zentralkomitee sehen“. Sie fangen an, mich höflich nach Dokumenten zu fragen. Ich erfülle diesen Wunsch. Endlich steht nach längerem Verhandlung der rotbärtige Herr auf und gibt dadurch zu verstehen, daß dieses Herberstrubium seinen Spruch gefällt hat: „Bitte folgen Sie mir, die Genossen beenden ihre Sitzung gerade und werden Sie empfangen“. Nachdem ich viele Korridore durchschritten und an lauter nummerierten Türen vorbeigekommen bin, auf denen überall „Eintritt verboten“ steht, werde ich endlich in ein kleines schmukiges Zimmer geführt, wo viele Personen noch laut diskutieren. Besonders macht sich eine Dame bemerkbar von stark semitischem Typus, mit wirren schwarzen Haaren. Diese ist, wie ich später erfahre, die Nachfolgerin von Rosa Luxemburg, die schon berühmte kommunistische Führerin Fräulein Ruth Fischer. Ich befinde mich hier in dem eigentlichen Nest der K.P.D., im Sitzungssaal des Zentralkomitees. Offenbar hat die „Auskunftsstelle“ die Herren und diese Dame hier telefonisch von meinem Besuch benachrichtigt, da sie gar keine Verwunderung an den Tag legen und mich höflich mit freundlichem Lächeln begrüßen. „Wir sind ausnahmsweise bereit, einen Vertreter der Bourgeois-Presse zu empfangen“, sagt Ruth Fischer, „falls Sie sich natürlich verpflichten, unsere Erklärungen nicht zu entstellen“. „Bitte“, erwiderte ich lächelnd, „die innerpolitischen deutschen Verhältnisse sind mir wirklich gleichgültig. Ich komme nur, um genaue Informationen zu erhalten. Wie ist das gegenwärtige Komitee geschaffen worden, das, wie ich höre, eine völlige Umgestaltung der kommunistischen Partei ist?“

Diese Frage beantwortet der Genosse Thellmann, ein Hamburger Metallarbeiter: „Das alte Komitee ist aufgelöst und nach dem geheimen Parteikonferenz in Frankfurt, der im März stattfand, beseitigt worden“. „Wie kam es zu diesem Mißtrauenssturm?“ Die Antworten kommen von allen Seiten: „Es war zu schwach, stand zu weit rechts, war zu gemäßigt, seinetwegen mißglückte der bewaffnete Aufstand in Sachsen, wenn es nicht bestanden hätte, hätten wir in Deutschland schon eine Räterepublik.“

„Und wie wurde die Liste des neuen Komitees aufgestellt?“ frage ich. „Moskau hat uns eine fertige Liste übersandt, die mit großer Stimmmehrheit angenommen wurde“. „Darf man fragen, welches das Programm des neuen Komitees ist, zunächst das parlamentarische und sodann das unmittelbare, aktive?“ „Unser parlamentarisches Programm“, erklärte die Genossin Ruth Fischer, „ist völlig negativ. Wir werden uns auf alle Weise bemühen, die Arbeit des Reichstages unmöglich zu machen und so die Annahme des Sachverständigenberichts zu verhindern. Denn wir sind der Ansicht, daß die Annahme der Forderungen der Sachverständigen durch Deutschland eine Katastrophe für die Arbeiterklasse wäre und alle Aussichten auf eine Klassenrevolution, auf eine ferne Zukunft verschließen würde. Die Schlussfolgerungen der Sachverständigen bedeuten ein Bündnis

des internationalen Kapitals gegen das Proletariat. Wenn wir es dazu kommen ließen, hätten wir nicht nur das deutsche Kapital gegen uns, sondern alle vereinigten Kapitalisten der Welt. Wir sind heute im Reichstage einige 60, unsere Obstruktion wird daher, hoffe ich, auf die bürgerlichen Parteien starken Eindruck machen.“

„Und welcher Art ist das aktive Programm?“  
„Wir werden“, antwortet der Genosse Thellmann, „mit allen Mitteln nach der Revolution streben.“  
„Was verstehen Sie unter allen Mitteln?“  
„Vor allem Streiks, in dieser Beziehung geben wir jetzt Beweise unserer Kraft. Dann kommt der bewaffnete Aufstand. Andere Mittel gibt es nicht. Wir werden die Freiheit der Arbeiter mit den Waffen in der Hand erkämpfen müssen.“  
„Und hoffen Sie auf einen schnellen Erfolg?“  
„Wir können Sie in die Einzelheiten unserer Taktik nicht einweihen. Im allgemeinen läßt sich aber sagen, daß wir uns sehr ruhig und schnell vorbereiten. Wo und in welcher Weise unser Aufstand ausbrechen wird, werden die nächsten Monate zeigen. Wir zweifeln nicht, daß die Nachbarländer uns folgen werden.“  
„Wird es nicht nur mit unnützem Blutvergießen enden?“  
„Da ist nichts zu machen“. . . . „Blut muß vergossen werden“ . . . .

### Die gesundheitlichen Folgen der Teuerung

In der neuesten Nummer der „Volkswohlfahrt“ veröffentlicht Ministerialrat Dr. König ein längeres Artikel über die Beeinflussung des Gesundheitszustandes in Preußen durch die Teuerung im zweiten Halbjahr 1923. Aus seinen Ausführungen sei einiges wiedergegeben.

Durch den Nahrungsmangel des letzten Jahres wurden besonders dort die Altersklassen zwischen 6 und 9 Jahren betroffen, die, in der Kriegszeit geboren, zum zweiten Mal Hungerzeiten durchmachen mußten. Als Folgeerscheinungen dieser Entbehrungen, die durch die ständige Aufsicht der Schulärzte einwandfrei festgestellt werden konnten, waren insbesondere Unterernährung, verminderte Körpergröße und unternormales Gewicht festzustellen. Hierbei zeigten die Knaben schlechtere Befunde als die Mädchen.

Von 38 033 Schülern, die schulärztlich untersucht wurden und über die Berichte vorliegen, waren nur 32 Prozent befriedigend, 45 Prozent mangelhaft und 23 Prozent schlecht ernährt. Im Durchschnitt ist die Hälfte unserer Schulkinder unterernährt, in manchen Orten, nämlich in Großstädten und Industriezentren, in noch höherem Maße, häufig bis 80 Prozent. Auch in ländlichen Bezirken, insbesondere in der Nähe der Großstädte, ließ der Ernährungszustand der Schulkinder nach, was zum Teil auf Einkäufer aus den benachbarten Großstädten, zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß viele Landwirte ihre hochwertigen Nahrungsmittel verkaufen und ihren Kindern Konsumprodukte (Margarine, Marmelade) vorzögen.

In vielen Großstädten und Industriezentren mußten zahlreiche Kinder ohne erstes Frühstück, viele ohne Mittagessen, ausbleiben. In Elbing erhielten von 7600 Schülern 172 kein Essen bis Mittag, 277 kein erstes Frühstück, 165 kein warmes Mittagbrot, 199 kein Abendessen. Im Kreise Münsterberg mußten von 1228 Volksschülern 93 das erste Frühstück, 80 von diesen auch das zweite Frühstück entbehren; von allen Schülern erhielten 190 kein zweites Frühstück und 88 kein warmes Mittagbrot. — In Wittenberge erhielten von 4900 Schülern 380 kein erstes Frühstück, ebenso viele überhaupt kein warmes Essen, 1440 Kinder nur eine warme Abendmahlzeit, aber kein richtiges Mittagessen. In der Industriestadt Barmen waren 80 Prozent der unterrichteten Kinder unterernährt. Ähnliche Ziffern liegen aus Köslin, Olgau, den Kreisen Neichenberg, Striegau usw. vor.

Im Zusammenhang mit den Ernährungsnotden machte sich eine erhebliche Abnahme der Körpergröße und des Körpergewichts geltend. So blieb im Kreise Wielefeld bei 3061 Schülern aus 10 Schulen die Körpergröße bei den Knaben bis zu 65 Zentimeter, bei den Mädchen bis zu 10,2 Zentimeter, das Körpergewicht bei den Knaben bis zu 7,8 Kilogramm, bei den Mädchen bis zu 6,4 Kilogramm zurück. Auch in dieser Hinsicht stimmen die Berichte aus den verschiedenen Kreisen der Provinz nach im wesentlichen überein.

Als Folgeerscheinung der minderwertigen Ernährung wird eine Zunahme der englischen Krankheit berichtet; über das Anwachsen der Strupulose und Tuberkulose ist in allen Berichten die Rede. In Bernierode fand man in der Mittelschule bei 128 von 182 Mädchen, in der Sexta des Gymnasiums von 32 Schülern bei 15 und in der Volksschule bei 21 Mädchen von 28 positive Reaktion. Nach den Berichten aus 23 preussischen Regierungsbezirken, die eine Bevölkerungszahl von rund 20 Millionen umfassen, waren von 1 051 062 untersuchten Schülern 34 358 gleich 3,27 Prozent tuberkulös. Von besonderem Interesse ist ein Bericht der englischen ärztlichen Studienkommission, demzufolge im letzten Vierteljahr 1923

von 1000 Kindern 67 in London, 117 in München, 124 in Berlin und 148 in Mainz an Tuberkulose starben.

In besonders empfindlicher Weise machte sich der Mangel an Wäsche, Kleidung und Schuhwerk bemerkbar. Zum Teil sind Nieren- und Erkältungskrankheiten auf diesen Mangel zurückzuführen. Häufig mußten Schulkinder wegen Fehlens von brauchbarem Schuhwerk und Kleidern dem Unterricht fernbleiben. So hatten im Kreise Münsterberg von 1228 Volksschülern 402 nur ein Paar, meist schadhafte Schuhe. Im Bezirk Königsberg konnten die Schulkinder die ärztliche Sprechstunde vielfach nicht besuchen, weil sie nichts anzuziehen hatten. Kinder, die sich während dem Aufenthalt auf dem Lande oder in Heilbädern gut erholt hatten, fielen schnell in den Zustand der Unterernährung und Kraftlosigkeit zurück, wenn sie zu Hause unter den Ernährungsschwierigkeiten weiterlebten.

Nicht nur Körperliche, sondern auch der geistige Kräftezustand und die Beschaffenheit des Nervensystems der Schüler wurde durch die Ernährungsschwierigkeiten ungünstig beeinflusst. Bei vielen Kindern stellte sich in erhöhtem Maße waren herabgesetzt; bei vielen zeigte sich unüberwindliche nervöse Erregbarkeit ein; Aufmerksamkeit und Werkfähigkeit schliefen ab, nervöse Abseitigkeit und Erbrechen, Ohnmachten, Schwindelanfälle und nervöse Erschöpfungszustände. Auch herabgesetzte Sehfähigkeit wurde gemeldet und auf Ernährungsmangel zurückgeführt.

Endlich muß als weiteres die Gesundheitsgefährdung des Moment das Wohnungselend hervorgehoben werden. So bewohnen z. B. von 4164 Schülern in Tilsit 550 gleich 10,3 Prozent 1 Zimmer, 261 gleich 4,8 Prozent 2 Zimmer mit Lungentranken zusammen. 257 Kinder teilten mit Lungentranken ein Bett. Von den Schülern waren in Königsberg wegen körperlicher Schwäche 20 Prozent untauglich zu dem erwählten Beruf, in Kronenberg im Kreise Nettmann ein Drittel der Schülernklassen.

Zum Schlusse des Artikels über die Not der Schulkinder hebt der Verfasser als besonders bedauerliche Tatsache den Umstand hervor, daß in zahlreichen Gemeinden die Schulbesuchung, ein bewährtes und erfolgreiches Mittel zur Bekämpfung der Unterernährung, aus Geldmangel eingestellt werden mußten.

### Politische Neuigkeiten

#### Sommertagung des Reichstages

Berlin, 18. Juni. Der Ältestenausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute nachmittags in mehr als zweistündiger Sitzung, an der auch Reichskanzler Marx teilnahm, mit dem Geschäftsplan für die Sommertagung des Reichstages. Es wurde beschlossen, an dem ursprünglich für die nächste Plenarsitzung vorgesehenen Dienstag nächster Woche feitzuhalten und dann die ganze Woche hindurch Sitzungen abzuhalten. Von Samstag ab soll dann wieder eine etwa vierzehntägige Pause eintreten, um der Regierung Zeit zu geben, die mit dem Sachverständigengutachten zusammenhängenden Gesetzentwürfe für die Beratung im Reichstag fertigzustellen. Nach der Pause wird also der Reichstag gegen Mitte Juli wieder zusammentreten, um die Reparationsgesetze zu erledigen. Es wird angenommen, daß in der ersten Hälfte des August die größere Sommerpause eintreten kann. Die Staatsberatung wird wahrscheinlich bis zum Herbst zurückgestellt werden, da es möglich ist, daß durch die Reparationsregelung noch erhebliche Änderungen im Etat erforderlich sind. Der Ältestenrat wird eine Stunde vor der Plenarsitzung noch einmal zu weiteren Beratungen zusammentreten.

Als Beratungshoff für die nächste Woche sind in Aussicht genommen, einige kleinere Gesetzentwürfe, die Annetestanten der Sozialdemokraten, der Nationalsozialisten und der Kommunisten, die Anträge wegen der Beamtenbesoldung und des Personalabbaues und die sozialpolitischen Anträge, die sich u. a. auf die Kriegsbeschädigten beziehen, die an Ausschüsse verwiesen werden müssen. Diesen Beratungshoff hofft man bis zum Donnerstag zu erledigen. Am Freitag und Samstag sollen die Interpellationen auf die Tagesordnung gestellt werden, soweit die Regierung zur Beantwortung bereit sein wird. Eine Anregung, die Redezeit für die Beratung der Anträge zu beschränken, wurde vorläufig abgelehnt. Eine Entscheidung darüber bleibt vorbehalten.

#### Die Politik der Reichsbank

Der deutsche Industrie- und Handelsstag hielt seine diesjährige Sommertagung unter dem Vorsitz seines Präsidenten Franz von Wendtsohn in Nürnberg ab. Zu Beginn der Tagesordnung ergriff der stellvertretende Reichsbankpräsident von Glasenapp das Wort zu eingehenden Ausführungen, in welchen er die Politik der Reichsbank seit Herbeiführung der Stabilisierung begründete. Der Gesamtumlauf an deutschen Zahlungsmitteln im Inlande hat Ende November 1923 2068 Millionen, am 6. Juni 1924 2897 Millionen Goldmark betragen. Die Zunahme von rund 800 Millionen ist ein verhältnismäßig nicht zu hoher Betrag. Eine stabile Währung benötigt einen viel größeren Zahlungsmittelumlauf wie eine abflinkende. Dazu kommt, daß sich die Wechselkurse wesentlich gebessert haben und daß das Disagio, welches für die Mark an den Auslandsmärkten Mitte März 5 vom Hundert betrug und dann bis zum 7. April auf 12 vom Hundert stieg, jetzt beinahe verschwunden ist. Die Reichsbank hofft, daß sie auch für absehbare Zeit an der vollen Zuteilung der Devisen festhalten kann.

Den Lichtseiten stehen auch schwere Schatten gegenüber. Die Schleier der Inflation sind gefallen und das Fehlen des Effektivkapitals wird jetzt offenbar. Jeder sucht dies sch.

lende Kapital durch Kredit zu ersetzen und alles führt zur Reichsbank als der letzten Kreditquelle des Landes. Die Reichsbank aber hat getan, was sie konnte. Ihre Kapitalanlagen an Wechseln und Lombard sind von 452 Millionen am 30. November 1923 auf 2070 Millionen am 6. Juni 1924, also um etwa 1,6 Milliarden Goldmark, gestiegen; aber jetzt sind wir nahezu am Ende.

Eine gewisse Erleichterung der Lage brachte die Golddiskontbank. Zu den bisher erhaltenen Auslandskrediten sind der Bank vor einigen Tagen neue Kreditkonten zur Verfügung gestellt worden, von England 5 Millionen Pfund, von den Vereinigten Staaten 25 Millionen Dollar. Insgesamt können zurzeit etwa 185 Millionen Pfund der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden, von denen bis jetzt etwa 11 Millionen bewilligt und zugesichert sind. Derartige Hilfe können aber nur diejenigen erhalten, die Exportaufträge in der Hand haben. Diese Bedingung ist der Golddiskontbank auch von den Gebern des Kreditkontos vorgeschrieben worden.

Auf Grund dieser Sachlage können wir hoffen, daß wir bis zu einer besseren und soliden Fundierung des Zahlungswesens die Währung aufrecht zu erhalten vermögen. Es wird dabei zwar auf einen stärkeren Verkauf von Waren und auf einen gewissen Preisabbau hingewirkt werden müssen. Die Kreditlage wird sicher auch durch die dieser Tage erfolgte Einschränkung der Geschäftsaufficht eine Besserung erfahren.

Auf die Dauer können wir mit solchen Mitteln nicht helfen. Wir brauchen in reichem Maße Auslandskredite; solche Kredite bekommen wir aber nie und nimmer vor Erledigung der Reparationsfrage. Deshalb ist das Reichsbankdirektorium einstimmig der festen Überzeugung, daß die grundsätzliche Annahme der Sachverständigenratung geboten ist.

Im Anschluß hieran wurde eine Entscheidung angenommen, in der es heißt, daß der Industrie- und Handelstag die Bemühungen der Reichsbank billigt und sie um Fortführung ihrer Politik bittet.

### Aufhebung der Ausreisegeld

Berlin, 18. Juni. Eine Verordnung des Reichsministers der Finanzen, durch die, wie wir bereits ankündigten, an Stelle der Ausreisegeld von 500 Mark die Erhebung einer Verwaltungsgebühr für die Ausstellung von steuerlichen Unbedenklichkeitsvermerken und Unbedenklichkeitsbescheinigungen tritt, wird heute abend im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Die grundlegenden §§ 1, 2 und 3 der Verordnung haben folgenden Wortlaut:

§ 1. Für die Ausstellung von steuerlichen Unbedenklichkeitsvermerken (§ 1 und Bekanntmachungen zur Ausführung der Bekanntmachung vom 4. Juni 1924 — Reichsgesetzblatt I Seite 613 —) und Unbedenklichkeitsbescheinigungen wird eine Gebühr erhoben.

§ 2. Die Gebühr beträgt für Unbedenklichkeitsvermerke 1. wenn der Unbedenklichkeitsvermerk für eine einmahlige Ausreise ausgestellt wird, 10 Goldmark, 2. wenn der Unbedenklichkeitsvermerk für beliebig häufige Ausreisen ausgestellt wird bei einer Geltungsdauer von drei Monaten 25 Goldmark, sechs Monaten 40 Goldmark, mehr als sechs Monaten 60 Goldmark. Für steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigungen beträgt die Gebühr die Hälfte der in Absatz 1 vorgesehenen Beträge. Für die Ausstellung von steuerlichen Unbedenklichkeitsvermerken und Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Familienpässe gelten die gleichen Gebühren wie bei Einzelpässen.

§ 3. Für die Verlängerung von steuerlichen Unbedenklichkeitsvermerken und Bescheinigungen wird die gleiche Gebühr erhoben wie für die Ausstellung.

Die Verordnung, die auf Grund der §§ 206 und 216 der Reichsabgabenordnung erlassen ist, tritt mit dem 20. Juni 1924 in Kraft. Sie wird vom Reichsfinanzministerium mit dem Hinweis auf die beträchtliche Arbeitsbelastung der Finanzämter begründet, die es angezeigt erscheinen lasse, daß die Reichsfinanzverwaltung für ihre im Interesse der Auslandsreisenden aufgewandte Verwaltungsarbeit eine angemessene Gebühr erhebt.

### Das Schicksal der Gefangenen und Ausgewiesenen

Berlin, 18. Juni. Die Äußerungen Herrriots über die Frage der Begnadigung der Gefangenen und die Erlaubnis zur Rückkehr für die Ausgewiesenen haben in der Öffentlichkeit wenig befriedigt, da die Rückkehr aller Ausgewiesenen und die Begnadigung aller politischen Gefangenen darin nicht zugesagt wurde. Herrriot hat von politischen Gefangenen gesprochen. Darunter versteht er doch wohl alle die, die aus ungewissen ideellen Motiven behandelt haben, ohne Rücksicht darauf, welche Bestimmungen des Strafgesetzes von ihnen verletzt worden sind. Wenn er die Umwandlung der bisher ausgesprochenen Strafaussetzungen (suspensions de peine) in endgültige Begnadigungen ankündigt, so wird man das nicht sonderlich hoch bewerten dürfen, da bisher alle Freilassungen fast restlos nur in der Form einer Strafaussetzung erfolgt sind, von den Betroffenen aber niemand damit gerechnet hat, daß er noch einmal als Gefangener wieder eingezogen werden würde. Indessen haben wir Verständnis dafür, daß Herrriot gerade in diesem Teil seiner Ausführungen stark durch innerpolitische Rücksichten gehemmt war. Aus diesen Rücksichten hat er jedenfalls in dem beabsichtigten Amnestiegesetz eine allgemeine Ausnahme gemacht zu Ungunsten derjenigen politischen Gefangenen, die wegen Attentaten gegen die Sicherheit der Truppen verurteilt worden sind. Dies ist eine außerordentliche Härte. Es kommt hier sehr auf die Auslegung an, da man mit dem Begriff „Sicherheit der Besatzungstruppen“ sehr stark operiert hat, nicht etwa nur in den von den Franzosen besonders schwer betroffenen Sabotagefällen.

Indessen läßt sich die weitere Bemerkung Herrriots, daß schwere Fälle besonders geprüft würden, dahin auffassen, daß Herrriot sich vorbehält, in solchen Fällen — man hat dabei vor allem an die wegen Sabotageakten Verurteilten zu denken — den Weg der Einzelbegnadigung zu beschreiten. Wenn diese Auffassung, der, soviel wir wissen, auch amtliche Stellen zuneigen, richtig ist, würde jedenfalls die Tür zu den erstrebten Begnadigungen weiter offen stehen, eine Auffassung, die bekräftigt wird durch die weitere Bemerkung Herrriots, daß die französische Regierung den Anstrengungen Deutschlands zu antworten wissen werde. Was die Äußerungen Herrriots über die Rückkehr der Ausgewiesenen angeht, so hat die Beschränkung der Rückkehrerlaubnis auf die kleinen Beamten natürlich die deutsche Öffentlichkeit nicht angenehm berührt, andererseits hat man Grund zu der Annahme, daß es der deutschen Regierung fern liegt, sich bei den Beamten in leitenden Stellen auf ganz bestimmte Persönlichkeiten zu verweisen und unbedingt darauf zu bestehen, daß die alten Inhaber dieser Posten ihre Funktionen wieder aufnehmen. Die Hauptsache ist, daß die deutsche Regierung bald in der Lage ist, den fast völlig zertrümmerten Verwaltungsapparat wieder aufzubauen, und daß das von den Besatzungsbehörden in Anspruch genommene Personal nicht in der Richtung einer beschränkten regionalen Rekrutierung der Beamten ausgeübt wird, wie dies bisher z. B. im engsten Zusammenhang mit der französischen Separatistenpolitik geschehen ist. (Frankf. Ztg.)

### Die Lohnfrage bei den Eisenbahnern geregelt

Berlin, 18. Juni. Nach dreitägigen Verhandlungen sind nunmehr die Differenzen zwischen dem Reichsverkehrsminister und dem Eisenbahnpersonal beigelegt und die Lohnfrage endgültig geklärt worden, nachdem über die Ortszuschläge eine Verständigung erzielt werden konnte. Den Wünschen des Personals entsprechend ist die Ortszulage so geregelt worden, daß die Verwaltung sich an die Tarife der Privatindustrie anlehnt. Auch über die Nachdienstzulagen und die Pausenregelung wird im Rahmen der Besprechungen über die Dienständer am kommenden Samstag ein Einverständnis getroffen werden.

### Französische Kammer

Paris, 19. Juni. Im Verlauf der Interpellationsdebatte der Kammer wandte sich der frühere Verkehrsminister Le Troquer gegen die militärische Räumung des Ruhrgebietes. Ministerpräsident Herriot ergriff das Wort. Die neue Regierung habe damit begonnen, das Ermächtigungsgesetz aufzuheben und eine weitgehende Amnestie zu gewähren. Die vorgelegten Gesetzentwürfe müsse man diskutieren, aber es habe keinen Wert, sich engstirnigsten Debatten hinzugeben, in deren Verlauf man alle Fragen anschnide, ohne auch nur eine einzige zu lösen. Er ersuche die Mehrheit, sich auf die Diskussion der notwendigen Reformen zu beschränken. Aus diesem Grunde wolle er heute nur drei Fragen behandeln: Die Frage der Abschaffung der Lotterie beim Karften, die Finanzfrage und die Frage der auswärtigen Politik. Er sei kein Antimilitarist, aber er müsse feststellen, daß er schon 1919 bei der Errichtung der Wehrmacht beim Karften sich hiergegen ausgesprochen habe. Sein Vorgehen hat nichts mit Intoleranz zu tun, er habe nicht die Absicht, die Gefühle der Katholiken zu verletzen, und er erkenne wohl an, was die katholische Religion Gutes geschaffen habe und noch schaffen werde. Er müsse aber den Grundfragen treu bleiben, die er früher vertreten habe. Die Regierung werde sich um Erparnisse bemühen. Sie gebe das Ermächtigungsgesetz auf, weil sie auf dem Standpunkt stehe, daß die Regierung gemeinsam mit der Finanzkommission auf dem Wege des Budgets Erparnisse zu machen habe.

Zur elsass-lothringischen Frage legt Herrriot Wert auf die Feststellung, daß alle Traditionen Elsas-Lothringens von der Regierung respektiert werden sollen. Schließlich antwortet der Ministerpräsident dem Abg. Le Troquer. Er bezweifelt die Richtigkeit der von diesem vorgebrachten Ziffern. Um den Ertrag der Ruhrreparation abzuschätzen, müsse man sie mit dem Vergleich, was unter anderen Umständen hätte erzielt werden können, besonders mit jenen 950 Millionen Sachlieferungen, die Frankreich 1922 erhalten sollte.

Hier unterbricht der Abg. Reibel, früherer Minister der befreiten Gebiete: Unter großem Lärm auf den kommunistischen Bänken erklärt er von seinem Platze aus, Ministerpräsident Herriot vertrete heute denselben gefährlichen und alten Standpunkt, den Briand gestern vertreten habe, nämlich, daß Frankreich, zum mindesten aber seine Regierung, nicht das Nötige getan hätte, um die Sachlieferungen zu erhalten, auf die sie Anspruch gehabt hätte. Er führt zur Begründung dieser These zahlreiche Ziffern an. Man habe 1921 und 1922 von Deutschland Lieferungen verlangt, die es auszuführen sich geweigert habe. Wenn die These Herrriots aufrecht erhalten werde, so führe das dazu, daß er Deutschland entschuldige. Diese Worte lösten einen ungeheuren Tumult auf der Linken aus. Die Abgeordneten der Linken veranfaßten ein Konzert mit den Rülbedeln. Der Ministerpräsident forderte seine Freunde auf, Reibel anzuhören. Dieser aber setzte sich und fährt in seiner Rede nicht fort.

Ministerpräsident Herriot erklärt, er werde auf Anschuldigungen, wie die eben gehörten, nicht antworten. Man könne ihn nicht anfragen, daß er Deutschland entschuldige, denn er habe vorher nur Tatsachen angeführt. Zu dem Abg. Reibel gewandt sagte Herrriot: Sie haben gesagt, die Regierung hätte im Jahre 1922 für 500 Millionen Goldmark Lieferungen erhalten. Sie kennen offenbar eine Antwort nicht, die Ihre Regierung dem Marquis de Lubersac im „Journal Officiel“ erteilt hat, der fragte, wieviel von den zuständigen 950 Millionen Goldmark Lieferungen erhalten haben. Nun, im ganzen 179 Millionen, und das war nur für Kohlen und Holz, weil gewisse französische Industrielle nur die Kohlen und den Holz wollten, um ihre Fabriken in Gang zu halten, aber sich der Einfuhr anderer Werte widersetzen, weil sie dadurch ihre Interessen gefährdet glaubten. Sie haben also auf diese Weise rund 750 Millionen Goldmark Reparationszahlungen aufgegeben. Ich kenne die Akten; es gibt unter ihnen ein Dokument, das auch der Abg. Klotz wohl kennt, denn es hat ihm vorgelegen. Es bezieht sich auf eine Bestellung von Automobilen im Werte von 117 Millionen. Man hat sie aus Konkurrenzgründen im Zeitpunkt der Lieferung zurückgewiesen.

Abg. Reibel: Es handelt sich, glaube ich, um eine Bestellung, die zur Zeit des Waffenstillstandes vergeben wurde und ich bedauere, daß Ministerpräsident Herriot keine näheren Angaben darüber macht, um was für eine sonderbare Bestellung es sich in Wirklichkeit handelt hat.

Ministerpräsident Herriot: Abg. Le Troquer hat erklärt, daß Deutschland in seinem eigenen Lande große öffentliche Arbeiten durchführe. — Le Troquer: „Nawohl, ich selbst habe in Hamburg große Schleusen gesehen, ich habe Schiffe gesehen.“ — Aber gerade hier liegt Ihre Schuld. Wenn Sie mehr Eisen und Stahl nach Frankreich hereingelassen hätten, hätte Deutschland keine Schiffe und keine großen Schleusen bauen können. Der Sachverständigenbericht, den Sie nicht mehr zur Debatte, denn die Reparationskommission habe ihn angenommen. Herrriot verliest dann den Brief, den Poincaré an Macdonald gerichtet hat und in dem damals der französische Ministerpräsident Macdonald dafür dankte, daß er ihm durch die belgischen Minister Theunis und Humans habe mitteilen lassen, England, Belgien und Frankreich seien darüber einig, den vom Sachverständigenbericht vorgegebenen Garantien Respekt von Seiten Deutschlands zu verschaffen. Er sei sicher, so fügt Herrriot hinzu, daß die ganze Kammer diese Mitteilung der Regierung begrüßen werde.

Der frühere Kriegsminister Maginot unterbricht und verlangt, daß die Regierung die Besetzung des Ruhrgebietes aufrecht erhalte.

Herrriot erwiderte ihm, daß, wenn man sich an die Durchführung der im Sachverständigenbericht enthaltenen Bestimmungen über die Durchführungsbedingungen hielte, die Besetzung 37 Jahre dauern würde. Herrriot erklärte, daß das friedliche Frankreich die Frage der Zahlungen und der Sicherheit lösen könne. Frankreich hoffe, daß die deutsche Demokratie begreife, daß sie, wie Frankreich, an der Lösung dieser Frage interessiert sei. Frankreich wolle nicht nur bezahlt sein, es wolle auch nicht mehr angegriffen werden. Er, Herrriot, sei sicher, daß er an der Spitze der englischen Regierung den liberalsten, den intelligentesten und den sichersten Freund finden werde. Man habe oft Worte vernommen, die man hätte ruhiger auslegen können. Verlangte man doch nicht von zwei großen Völkern, daß sie sich ähnlich seien, verlangte man nur, daß sie sich erkennen und zu einer wirkungsvollen Zusammenarbeit im Interesse der anderen Völker zusammenfänden. Wenn ich mit Ihrem Vertrauen nach London

abreife, dann werde ich mein Land mit ganzer Kraft verteidigen. — Der rechtsstehende Abg. Kollin rief dann: „Und die Sicherheit? Herrriot erwidert: Ich habe mich darüber ausgesprochen. Wir werden uns gegenseitig unterstützen, und wenn wir von der großen Mehrheit dieses Landes unterstützt werden, dann werden wir unsere Aufgaben erfüllen, wie ich sie auseinandergelegt habe. Wenn wir aber keinen Erfolg haben, dann wird die Ordnung dadurch nicht gefährdet werden.“

Bei Beendigung der Rede Herrriots klatschten die Abgeordneten der Linken stehend Beifall. Der Ministerpräsident wird, als er auf seinen Sitz zurückkehrt, von sämtlichen Ministern begrüßt. Darauf wird die Sitzung bis 10 Uhr unterbrochen.

In der neuen Sitzung wird vermuthlich nur über die noch einbringenden Tagesordnungen verhandelt werden. Die Abstimmung erfolgt voraussichtlich erst in später Nachtstunde.

Paris, 19. Juni. Die Fraktionen der neuen Kammer weisen noch ihrer nimmehr erfolgten Konstituierung folgende Mitgliederzahlen auf: Kommunisten 26 (in der alten Kammer 13), Sozialisten 104 (55), Radikalfreie 139 (86), Republikanische Sozialisten 42 (26), Radikale Linke 42 (0). Die im Kartell der Linken zusammengefaßten 4 Fraktionen zählen danach 229 offiziell eingeschriebene Mitglieder gegen 167 in der Kammer des Nationalen Blocks. Mitte und Rechte gruppieren sich wie folgt: Linkerepublikaner 38 (61), Republikanische Linke 43 (93), Union Republikanische, ehemals Entente Republikanische 103 (183), „Gruppe der Demokraten“, ehemals Action Republikanische, 14 (40). Keiner Fraktion beigetreten sind 28 (21) Abgeordnete.

Paris, 19. Juni. Ministerpräsident Herriot hat gestern Abend den deutschen Reichstagsabgeordneten Breitweid empfangen.

Paris, 20. Juni. Die französische Kammer nahm nachts 1.30 Uhr die Tagesordnung der Radikalen, in der dem Ministerpräsidenten das Vertrauen ausgesprochen wird, mit 313 gegen 234 Stimmen an. Bevor die Abstimmung angenommen werden konnte, mußte die Kammer wegen einer Schlägerei auf der äußersten Linken erneut unterbrochen werden. Ein Abgeordneter der Kommunisten bezweckte die Sozialisten wegen ihrer Haltung als „Radikal-Junker“. Als er von der Tribüne herab ging, entpand sich ein Wortwechsel, in dessen Verlauf der Kommunist die Sozialisten tadelnd beleidigte. Der Kommunist Martin schlug auf die Sozialisten mit einem Lederriemen ein. Auch die anderen Mostauer zeigten sich durch besondere Brutalität aus. Da es dem Präsidenten nicht gelang, sich Gehör zu verschaffen, mußte die Sitzung erneut abgebrochen werden. Etwa eine Stunde später wurden die Beratungen wieder aufgenommen.

### Die Wahl des Senatspräsidenten in Frankreich

Paris, 19. Juni. Die heutige Senatsitzung wurde um 2.10 Uhr eröffnet. Man schritt sofort zur Wahl des neuen Präsidenten als Ersatz für den zum Präsidenten der Republik gewählten Senatspräsidenten Doumergue. Nach Erledigung der nötigen Formalitäten (Auslösung der Stimmzettel usw.) begann der Wahlakt bereits kurz nach 3.15 Uhr und war gegen 4.15 Uhr beendet. Mit 151 Stimmen wurde der Vorsitzende der Rechtsgruppe des Senats, der republikanischen Union, de Selvas, gegen 134 Stimmen, die auf Vivien-Martin, den Vorsitzenden der demokratischen Linken des Senats, entfielen, zum Senatspräsidenten gewählt. In der Kammer, in der das Ergebnis der Wahl gegen Schluß der Rede Stanoski bekannt wurde, brach die Rechte in demonstrative Weisheitsstürme aus, während in den Kreisen der Linken ziemlich Bestürzung herrschte. Auf der Rechten schrie man: „Es lebe der Senat!“ Herrriot war über das Ergebnis der Wahl sichtlich erregt. In parlamentarischen Kreisen wird die Wahl des Rechtskandidaten de Selvas nach der Wahl Doumergues zum Präsidenten der Republik als eine offene Mißgabe des Senats an den Linkenblock angesehen und als ein deutliches Zeichen, daß der Senat mit mehreren Punkten der Regierungserklärung Herrriots keineswegs einverstanden ist.

### Die Vorzugszölle der Dominions

London, 19. Juni. Nach einer ziemlich unbedeutenden Debatte verwarf das Unterhaus mit knapper Majorität die Resolutionen für die Vorzugszölle der Dominions, wobei als Hauptargument maßgebend war, daß die Gewährung einer solchen Vorzugsstellung die künftige weitere Erhebung der bestehenden englischen Zölle auf Lebensmittel erschweren würde, sowie, daß die Entscheidung der letzten Wahlen sich gegen eine Protektion und eine einseitige Bevorzugung gerichtet hätten. Aus dem Verlauf der Debatte sei erwähnt, mit welchem Nachdruck Baldwin abemals die These verfocht, daß Europa, insbesondere Deutschland, nach erfolgter Wiederherstellung ein härterer Konkurrent Englands sein werde, als jemals zuvor, weshalb die Dominions als die natürlichen Märkte für die englischen Waren gepflegt werden müßten, zumal da sie auch die Möglichkeit für die Ausbreitung der englischen Flotte bieten, welche Baldwin für die beste der Welt erklärte. Sein praktischer Rat ist, künftighin unter Ausschaltung übermäßiger Gewinne des Zwischenhandels zu versuchen, die aus den Dominions importierten Nahrungsmittel möglichst nahe am Produktionspreis nach England zu bekommen und ungehindert einen ungehinderten Import britischer Manufakturwaren in die Dominions zu erzielen. Snowden kündigte an, daß die Regierung den Dominions bezüglich der Nahrungsmittel einen ähnlichen Vorschlag unterbreitet hätte. Wenngleich die Abstimmung im Unterhaus für verschiedene Dominions sehr enttäuschend sein wird, braucht dies zunächst doch nicht überhöht zu werden. Überdies sind neue Versuche, einander wirtschaftlich näherzukommen, auch von der Labourregierung zu erwarten.

### Kurze Nachrichten

Paris, 19. Juni. Die von den französischen Kriegsgerichten im besetzten Gebiet verurteilten und in Frankreich in Haft gehaltenen Deutschen, ungefähr 40 an der Zahl, von denen die meisten sich auf der Insel Sant Martin-de-Ré befinden, haben, sind gestern in die Gefängnisse des besetzten Rheinlandes überführt worden. Bei ihrer Durchreise durch Nancy erhielten sie den Besuch des Legationssekretärs der deutschen Botschaft in Paris, v. Antelen.

London, 19. Juni. Macdonald präsierte am Mittwoch einem Kabinettsrat, der sich insbesondere mit dem mexikanischen Zwischenfall beschäftigte. Die englische Regierung besteht nach wie vor darauf, daß Cummins nicht gegen seine Amtspflicht verstoßen habe. Die mexikanische Regierung hat auf das Protesttelegramm Macdonalds am Mittwoch geantwortet. Sie fordert die bedingungslose Überweisung Cummins und erklärt, daß sie ihn andernfalls ausweisen werde. Man betrachtet die Lage in London zufolge der Antwort der mexikanischen Regierung als sehr ernst.

Mexiko, 18. Juni. (Wester.) Eine amtliche Mitteilung besagt: Im Hinblick auf die Drohung Macdonalds, daß die diplomatischen Beziehungen abgebrochen werden würden, falls Mexiko den britischen Vertreter Cummins ausweise, bevor

die britische diplomatische Mission eingetroffen sei, wurde der griechische Generalkonsul in London beauftragt, zu erwidern, daß es unmöglich sei, die Haltung Cummins länger zu dulden, und daß er abreisen müsse. Es verlautet, daß Cummins bereit ist, Mexiko unberühlig zu verlassen, sobald London ihm entsprechende Weisung erteilt.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

#### Zur Gebäudesondersteuer

Am Mittwoch trat ein Unterausschuß des Haushaltsausschusses zusammen, um die vorliegenden Anträge der Parteien zu beraten und möglichst in einem Antrag zusammenzufassen. Am heutigen Freitag nahm der Gesamtausschuß zu den Vorschlägen und Anträgen des Unterausschusses Stellung.

Von der Diensttagung ist nach der Erklärung des Finanzministers und Staatspräsidenten, die im Auftrag der Regierung erfolgte, und die wir bereits wiedergegeben, noch folgendes nachzutragen:

Von Zentrumsseite wird angeregt, den Versuch zu machen, den ganzen Steuerbedarf durch die Grund- und Gewerbesteuer zu decken und dabei das Grund- und Gewerbesteuergesetz in folgender Weise zu ändern, eine Staffelung der Steuerfüße über Zuschläge nach der Höhe der Steuerwerte einzuführen und bei dem Betriebsvermögen eine Freigrenze von 2000 Mark zu bestimmen. Die Wirkung der sozialdemokratischen Änderungsanträge zum Gesetz sei die, daß die Steuer nichts mehr einbringe.

Die Sozialdemokratie verwahrt sich dagegen, daß ihre Haltung die Durchführung des Gesetzes unmöglich mache.

Auf Anfrage teilt die Regierung mit, daß sie nicht beabsichtigt, die Ermäßigung der Gebäudesondersteuer, wie sie für die Reichsvermögenssteuer vorgesehen ist, auch auf das Land zu übernehmen. Die Folge dieser Ermäßigung würde sein, daß das steuerpflichtige Grundvermögen in Höhe von 7 Milliarden auf die Hälfte herabgesetzt und dadurch das Betriebsvermögen sehr viel stärker belastet würde.

Der Staatspräsident teilte dann verschiedene Vorschläge für die Staffelung der Grund- und Gewerbesteuer mit. Die Zahl der Steuerpflichtigen und das steuerpflichtige Vermögen würde sich in folgender Weise verteilen:

Vermögen des Steuerpflichtigen	Zahl der Steuerpflichtigen	Steuerpflichtiges Gesamtvermögen
bis 25 000.—	290 000	18, Milliarden
25—75 000.—	36 000	1,5 „
75—200 000.—	10 000	1,2 „
200—500 000.—	4 300	1,1 „
mehr als 500 000.—	2 700	4,4 „

Von demokratischer Seite wird gegen eine Progression bei der Grund- und Gewerbesteuer Stellung genommen. Die augenblickliche steuerliche Belastung der großen Unternehmungen betrage das zehnfache der Friedensbelastung; vor allem sei die Belastung durch die Gemeinden stärker als durch das Land.

#### Sonstige Arbeiten des Haushaltsausschusses

In seiner Sitzung vom 13. Juni erledigte der Haushaltsausschuß zunächst die Bewilligung der Übernahme einiger Titel aus dem Etat des Arbeitsministeriums und des Ministeriums für Kultus und Unterricht, für bauliche Auswendungen, soziale und Charitative Fürsorge, und für Erholungsheime, um in den Bauarbeiten keine Störungen eintreten zu lassen und die sozialen Belange weiter führen zu können.

Eine lange Debatte ergab sich bei der Besprechung der Anberufung auf dem Heuberg, die allseitig warm begrüßt wurde.

Ebenso ergab sich eine größere Aussprache bei der Vorwegbewilligung von 300 000 Goldmark für die Erwerbslosenfrage.

Von Zentrumsseite wurde hierbei die Freilassung der landwirtschaftlichen Dienstboten von den Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge verlangt, ebenso die Aufhebung der Verordnung, einen schriftlichen Dienstvertrag vorzulegen, im Falle eines Streiks um Befreiung. Weiter wurde von dem gleichen Redner der übermäßige Verwaltungsaufwand bei den Arbeitsämtern kritisiert, der in der Mehrzahl der Ämter bis auf 25 Proz. der bezahlten Unterstellungen gestiegen sei. Ebenso seien in Baden die Beiträge mit 2 1/2 Proz. viel zu hoch im Vergleich mit anderen Ländern.

Die sozialdemokratischen Redner bezeichneten die jetzige Regelung der Arbeitslosenfürsorge nur als eine Übergangsmassnahme. Wenn auch zugegeben werden könne, daß in der Landwirtschaft Dienstverträge auf lange Sicht abgeschlossen würden, und deshalb die Gefahr größerer und öfterer Erwerbslosigkeit nicht bestände, so seien die Verhältnisse doch nicht überall gleich, im Norden lägen sie wesentlich anders wie im Süden.

Von der Verordnung, einen schriftlichen Dienstvertrag vorzulegen, könne man wohl abweichen, aber ohne einen bestimmten Nachweis des Vertragsabschlusses eines Dienstverhältnisses könne man nicht sein, eine gewisse Kontrolle müsse bestehen bleiben, um Mißbräuche zu verhüten.

In den Städten sei der Verwaltungsaufwand wesentlich größer, wie in den ländlichen Arbeitsamtsbezirken. Die Erwerbslosenfürsorge sei eine Gefahrengemeinschaft, wo gute Mitleid schiedliche Mitleid unterstützen müssen, von Arbeitslosigkeit weniger betroffenen Berufs müssen mithelfen, andere Berufs mit großer Arbeitslosigkeit über Wasser zu halten. Die Herabsetzung des Beitrags in Baden von 2 Proz. sei abgelehnt worden, weil die Wirtschaftslage in Baden zur Zeit sehr gefährdet erscheine.

Der Vertreter des Landbundes lehnte die Belastung der Landwirtschaft mit Kosten für die Erwerbslosenfürsorge rundweg ab, und bezeichnete sie als unhaltbar.

Die kommunikative Vertreterin wies auf die Arbeitslosigkeit vieler ländlicher Selbstverwalter in den Städten hin, während eigentliche Berufsarbeiter in den Städten arbeitslos seien. Der Heranzug der Landwirtschaft zu den Kosten der Erwerbslosenfürsorge sei so ein gerechter Ausgleich.

Der Regierungvertreter erklärte, daß sie auf irgend einen Nachweis für den Arbeitsvertrag nicht verzichten könne; die Gefahr, daß die Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge nicht bezahlt werden wolle, sei sehr groß, auch in der Landwirtschaft.

Gegenüber dem großen Verwaltungsaufwand sei darauf hinzuweisen, daß die Beteiligten selbst die Macht hätten, die Kosten nach Möglichkeit herabzubringen.

Baden habe auch die doppelte Zahl von Erwerbslosen wie Württemberg und komme direkt nach Sachsen, eine Senkung des Beitrags von 2 1/2 Proz. könne daher bedauerlicher Weise wohl zur Zeit nicht erwogen werden.

Die Position wurde sodann mit allen Stimmen, bei 2 Enthaltungen bewilligt.

Für die Bewilligung von Darlehen an den bad. Raubund wurden 200 000 Goldmark anverlangt, zur Kreditabgabe an bedürftige Familien, zur Beschaffung von Hausat.

Von den Zentrumsrednern wurden hier Befürchtungen geäußert, daß der Raubund zu einer Konkurrenz für das bad. Handwerk werde.

Auch könne eine gewisse Konkurrenz eintreten für die Landwirtschaftsstelle für das bad. Handwerk, auch diese letztere Stelle müsse unterstützt werden.

Dieser Auffassung gegenüber warf ein weiterer Zentrumsredner die Frage auf, ob der bad. Raubund nicht erweitert werden könne; insbesondere wäre zu prüfen, ob die Fristen auf Abschlagszahlungen nicht von 3 Monaten auf 1 Jahr verlängert werden könnten und so zahlreichen bedürftigen Familien bei Beschaffung des notwendigen Hausrats entgegenkommen zu können.

Dem Handwerk drohe eine viel größere Gefahr, als durch den Raubund, durch die Möbelindustrie.

Der sozialdemokratische Redner betonte, daß der bad. Raubund ja gerade das badische Handwerk beschäftige, mit Ausnahme einer kleinen Werkstätte, die aber zur Zeit ebenfalls nicht arbeite, liefere nur das Handwerk an den Raubund.

Für einen gewissen Teil des Handwerks könne eine Konkurrenz vorhanden sein, bei dem anderen Teil, der an den Lieferungen beteiligt sei, sei aber die gegenteilige Ansicht, Selbst die Handwerkskammer sei nicht für eine Einschränkung.

Die Landeswirtschaftsstelle für das bad. Handwerk sei etwas ganz anderes wie der bad. Raubund, und besitze die Einrichtungen, wie Abschlagszahlungsgehalte gar nicht. Wenn die Landeswirtschaftsstelle sich den gleichen Aufgaben wie der bad. Raubund widmen wolle, beständen absolut keine Bedenken, sie zu unterstützen.

Die Redner des Landbundes und lib. Volkspartei traten für gleichmäßige Unterstützung ein, wenn auch der lib. volksparteiliche Redner betonte, daß die Tätigkeit der Weiden nicht verschärfen werden könne.

Diese Position für den Raubund wurde einstimmig genehmigt.

Die weitere Position, Baudarlehen zur Förderung des Wohnungsbaus, wurde ohne Debatte, bei 2 Enthaltungen, genehmigt.

Bei dem Titel Wasser- und Straßenbauinspektion wurde von sozialdemokratischer Seite an die bad. Regierung das Ersuchen gerichtet, die Pläne der Reichsbahndirektion Karlsruhe über die Errichtung eines Zollbahnhofs in Rehl, mit Rücksicht auf die Hochwassergefahr der Kinzig für die anliegenden Gemeinden, einer entsprechenden Prüfung zu unterziehen.

Die Regierung erklärte, daß die Interessen der beteiligten Gemeinden, der Abwendung der Hochwassergefahr, mit allen Kräften wahren werde.

Bei den baulichen Anforderungen im Bereiche des Ministeriums für Kultus und Unterricht, gab der Herr Staatspräsident, gegenüber Anfragen über umlaufende Gerüchte wegen des Umbaus des Landes theaters, die Erklärung ab, daß die sachlichen Vorstellungen nur erfolgen zur Sicherheit des Publikums, alle anderen Pläne seien unrichtig, bezw. wie der Umbau der Garderobe zurückgestellt.

Der jetzige kleine Umbau wolle nur die Sicherheit der Theaterbesucher gewährleisten, sonst nichts.

#### Forderung des badischen Gesetzes über das Forststrafrecht und das Forststrafverfahren

Ämtlich wird mitgeteilt:

Dem badischen Landtag ist ein vom Justizministerium ausgearbeiteter Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Forststrafrecht und Forststrafverfahren zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt worden. Dieses Gesetz ist seit seinem Bestehen mehrfach geändert worden, in den letzten Jahren im besonderen unter dem Einfluß der Geldentwertung.

Die in dem nunmehr dem Landtag vorliegenden Entwurf vorgeschlagenen weiteren Änderungen sind in der Hauptsache durch das Jugendgerichtsgesetz vom 16. Februar 1923 (RGBl. S. 135, 262) veranlaßt worden, welches sowohl für das Jugendstrafrecht wie für das Verfahren gegen Jugendliche neue Grundsätze geschaffen hat. Im übrigen handelt es sich um Anpassung des Gesetzes an die durch die Verordnungen der Reichsregierung über Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege vom 4. Januar 1921 und über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 bewirkten Änderungen des Reichsstrafgesetzbuchs, der Strafprozedurordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Um den Justiz- und Forstbehörden die Handhabung des durch die verschiedenen Änderungen unübersichtlich gewordenen Gesetzes zu erleichtern, sieht der Entwurf die dem Justizministerium zu erzielende Ermächtigung vor, das Gesetz in seiner endgültigen Fassung neu bekannt zu geben.

#### Neue französische Warnung

Die Oberamtämter im besetzten Rhele und Offenburger Gebiet sollen, wie wir hören, von dem Delegierten der internationalen Rheinlandkommission eine Zuschrift erhalten haben, in welcher gesagt ist, daß die von den vaterländischen Verbänden entsandte Tätigkeit im völligen Einvernehmen mit der Leitung des Reichsheeres, wenn nicht sogar nach deren Anweisungen, vor sich gehe (entgegen den Bestimmungen der Ordonanzen Nr. 65), und daß die deutsche Regierung nicht nur den von der internationalen militärischen Kontrollkommission erlassenen Entscheidungen, sondern auch den Verpflichtungen der Artikel 42, 74, 177 und 178 des Versailler Vertrags zuwiderhandele. Entgegen den Bestimmungen der Artikel 177 und 178 des Vertrags von Versailles ständen die vaterländischen Verbände in enger Beziehung mit der Reichswehr, die sich vorzugsweise an diese Verbände wende, wenn es sich darum handle, ihren Bestand zu ergänzen oder zu verstärken. Und entgegen auch den Bestimmungen des Artikels 42 und 171 des Versailler Vertrags würden die vaterländischen Verbände durch Vermittlung von Beratern im besetzten Gebiet die Anwerbung für die Reichswehr, unter den Mitgliedern der ihnen angegliederten Vereinigungen betreiben. Entgegen ferner den Bestimmungen des Artikels 177 des Vertrags von Versailles würden die vaterländischen Verbände militärische Vorbereitungen sogar im besetzten Gebiet betreiben und schließlich auch den Anordnungen der internationalen militärischen Kontrollkommission vom 12. Mai 1921, die in Ausführung des Artikels 174 des Friedensvertrags ergangen sind und in das Wehrgesetz vom 15. Juni 1921 aufgenommen wurden, zuwiderhandeln, indem die deutsche Heeresleitung vor der endgültigen Anstellung eines Reichswehrsoldaten auf die Dauer von 12 Jahren eine Probezeit zulasse und indem sie gewisse junge Leute (Studenten, Angestellte) fortlaufend in Ausbildungskursen militärisch unterrichte. Der Delegierte der Rheinlandkommission erklärt, er sei beauftragt, den Staatsbehörden im besetzten Gebiet zur Kenntnis zu bringen, daß von dem strengen Standpunkt der Befehle für die gegen den Text des Rheinlandabkommens und der Anordnung der Ordonanzen der Kommission verstoßende Tätigkeit der vaterländischen Verbände die deutschen Behörden auch die persönliche Verantwortung treffe, wenn in ihrem Bezirk die Ordonanzen der Kommission nicht genügend beachtet werden. Weshalb diese Warnung im besetzten badischen Gebiet, wo doch sicher von einer solchen propagandistischen Tätigkeit nichts festzustellen sein dürfte, erlassen wurde, ist nicht recht ersichtlich. Nicht mit Unrecht wird die Frage gestellt, was da wieder geplant sein mag?

#### Die badischen Verkehrsinteressen und das Sachverständigengutachten

Gelegentlich der Tagung des Badischen Verkehrsverbandes in Heidelberg wurden nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Referat des Oberbürgermeister Dr. Engelmeier-Lörrach nachstehende Entschlüsse einstimmig angenommen:

1. An die Reichsregierung: Der Badische Verkehrsverband ist der Auffassung, daß die deutschen Eisenbahnen in erster Linie die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft im Auge haben müssen, einerlei welche Organisationsform sie erhalten sollen. Der privatwirtschaftliche Gesichtspunkt darf daher auch künftig nicht allein ausschlaggebend sein. In dankbarer Erinnerung an die Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens unter staatlicher Leitung bittet, deshalb der badische Verkehrsverband die Reichsregierung, Vorzüge zu treffen, daß den allgemeinen volkswirtschaftlichen und nationalen Bedürfnissen auch dann Geltung verschafft wird, wenn die deutschen Eisenbahnen in eine Privatgesellschaft umgewandelt und Hauptbestandteil des Reparationsplanes werden.

2. An die badische Staatsregierung. Die badische Regierung wird dringend ersucht, dafür einzutreten, daß bei Tarif- und Fahrplanregelungen auch künftighin die besonderen Verhältnisse des badischen Landes berücksichtigt werden. Es sind deshalb feste Abmachungen mit der Reichsregierung nötig, daß bei der Zusammensetzung des Verwaltungsrates der neuen Eisenbahngesellschaft bahnhofsverständige Vertreter der badischen Regierung abgeordnet und für den Beamtenstab der Gesamtleitung badische Beamten genommen werden. Auch über alle sonstigen noch offenen Fragen, namentlich auch über die in Baden noch erforderlichen Bahn- und Bahnhofsbauten sollten vor Gründung der neuen Gesellschaft feste Abmachungen erfolgen.

3. An die Reichsregierung. Die Reichsregierung wird gebeten, bei der bevorstehenden Regelung alles zu versuchen, um die eines freien Volkes unwürdige Beaufschäftigung der deutschen Eisenbahnen durch ausländische Kommissionen und Aufsichtsräte auf das geringste Maß und auf eine möglich geringe Spanne Zeit einzuschränken.

#### Badischer Städteverband

Eine Vorstandssitzung des Badischen Städteverbandes fand am 14. d. M. in Konstanz statt. Dabei wurden im wesentlichen folgende Angelegenheiten erörtert. Die neueste Besoldungsregelung des Reiches wird als für die unteren Beamtengruppen völlig unzureichend und daher für unsozial erachtet. Es wurde folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

Die Neuregelung der Beamtenbesoldung durch das Reich läßt in den Besoldungsgruppen I—VI die gebotene Rücksicht auf die dringendsten Lebensnotwendigkeiten vermissen. Sie ist für die Gemeinden bindend im Sinne des Reichsbesoldungspergesetzes. Die Gemeinden sind also nicht in der Lage, für die ungenügend bedachten Besoldungsgruppen angepasste Regelung vorzunehmen. Die unzulängliche Reichsregelung in den unteren Gruppen nötigt die Gemeinden, eine andere Lösung anzustreben, die den Beamten in den unteren Besoldungsgruppen das Existenzminimum gewährleistet. Da das Besoldungspergesetz den Gemeinden die rechtliche Möglichkeit nimmt, ihre Besoldungsregelungen sozial auszugestalten, den besonderen örtlichen Verhältnissen anzupassen und unheilvolle Auswirkungen auf die Gemeinden zu verhüten, wie dies die allseitig angeforderte neueste Besoldungsregelung des Reiches befürchten läßt, so beschließt der Vorstand, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck für eine unverzügliche Aufhebung der Bezüge der unteren Besoldungsgruppen einzutreten.

Wegen Aufhebung des Besoldungspergesetzes sollen eindrucksvolle Vorstellungen bei der badischen Regierung und beim deutschen Städteverband erhoben werden. Das bestehende System der Veranlagung der Betriebsvermögen zur Gewerbesteuer

das lediglich auf den Vermögenswerten aufgebaut ist, bedarf dringend einer Abänderung. In unmittelbaren Erörterungen hierüber mit dem Finanzministerium wird ein Ausschuss gebildet. Die Satzungen des Sparfassen- und Giroverbandes sind daraufhin zu prüfen, ob sie den jetzigen Verhältnissen genügend Rechnung tragen. Entsprechende Abänderungsanträge sind gegebenenfalls bei der Verbandssammlung des Giroverbandes zu stellen. Die Wahlordnung für die Wahlen zur badischen Landwirtschaftskammer vom 17. April 1924, die den Gemeinden neue Verpflichtungen auferlegt, einbezieht nach Ansicht des Vorstandes der gesetzlichen Begründung. Eine Mitwirkung der Städte bei der Durchführung der Wahlordnung kann daher nicht in Aussicht gestellt werden. Zu dem Gesetzentwurf über die Aufhebung des Gesetzes über die Bestellung von Vergleichsbehörden in freiwilligen Rechtsangelegenheiten sowie zu dem Entwurf einer Schiedsmannordnung werden Einwendungen grundsätzlicher Art nicht erhoben. Dagegen sind im einzelnen Ergänzungs- bzw. Abänderungsanträge zu stellen. In gleicher Weise ist der Vorstand mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Fürsorgegesetzes grundsätzlichen einverstanden. Der Entwurf bezweckt im wesentlichen nur die Anpassung an die Goldwährung, über den Stand der Verhandlungen im Landtag über die Sondersteuer von den bekannten Grundstücken wird eine eingehende Aussprache gepflogen. Dabei wird wiederholt festgestellt, daß eine Befreiung der landwirtschaftlichen Grundstücke von der Steuer eine nicht zu rechtfertigende Bevorzugung gegenüber der städtischen Bevölkerung bedeuten würde und daher nachdrücklich abzulehnen ist. Außer diesen Angelegenheiten bilden noch Schulfragen und weitere Steuerfragen den Gegenstand der Verhandlungen.

**Der Vertretertag der Südwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei** nahm folgende Entschlüsse an: „Die Südd. Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei billigt einmütig und in voller Überzeugung die Außenpolitik, die unter gleichzeitiger Annahme des Sachverständigenrats und vertraglicher Sicherung der politischen und Forderungen, insbesondere der Freilassung der Gefangenen und Rückkehr der Ausgewiesenen, die Freiheit des deutschen Volkes sichert und den Ausbau eines starken deutschen Reiches anbahnen soll. Sie hofft und erwartet von der Außenpolitik, daß vor allem im besetzten Gebiet, die zum staatlichen Leben notwendige deutsche Verwaltungsfreiheit und der zusammenbrechenden Wirtschaft die unbedingt erforderliche Neubebung gegeben wird. Sie sieht in dem Parteiführer und Reichsaußenminister Dr. Stresemann den bewährtesten Leiter dieser Politik, den in seinem schweren Wirken mit allen Kräften zu unterstützen, sie für die Pflicht eines jeden Mitgliedes der Deutschen Volkspartei hält.“

### Aus der Landeshauptstadt

**Landestheater.** Auf das heute Freitag, den 20. Juni, im Konzerthaus stattfindende erste Gastspiel des russisch-deutschen Theaters „Der blaue Vogel“, von dem künstlerische Eindrücke seltenster Art erwartet werden dürfen, sei nochmals aufmerksam gemacht. Die Vorstellung beginnt um halb acht Uhr.

**Konfliktbeilegung bei Haib & Neu.** Wie wir erfahren, ist der Konflikt bei der Firma Haib & Neu durch Verhandlungen der Organisation und der Betriebsleitung nunmehr beigelegt und eine Einigung erzielt worden. Der Betrieb wird am 1. Juli wieder eröffnet, jedoch können vorerst nur 50 Prozent der Belegschaft eingestellt werden.

**Vom Schöffengericht** wurde der seit Jahren beschäftigungslos August Krabbe wegen 18 schwerer Einbruchdiebstähle (verübt in Karlsruhe, Heidelberg, Baden-Baden, Mannheim, Freiburg, Darmstadt und Frankfurt) zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ferner hat das Schöffengericht eine Einbrecher- und Diebstahlsbande verurteilt, die im Oktober und November 1923 in Karlsruhe 25 Kellererbrüche und einen Einbruch im Karlsruher Güterbahnhof verübte. Von den Hauptangeklagten erlitten der Tagelöhner Emil Linder von Teutschneureuth zwei Jahre 9 Monate Gefängnis, der Tagelöhner Walter Schöner von Karlsruhe 3 Jahre 4 Monate Gefängnis, der Maler Werner Ewald 2 Jahre 4 Monate Gefängnis, der Hilfsarbeiter Max Scheffel von Karlsruhe 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, der Brunnenbauer Wilhelm Tremmel von Karlsruhe 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, der Vater Friedrich Seib von Rintheim 2 Jahre 9 Monate Gefängnis, die Ehefrau Barbara Mürle geb. Tremmel (wegen fortgesetzter Diebstahle) 1 Jahr Gefängnis, der Schneider Eugen Seib von Rintheim (wegen Diebstahle) 3 Monate und die Arbeiterin Emma Sophie Bachmann von Karlsruhe (wegen Begünstigung) 10 Tage Gefängnis. Ein Teil der Untersuchungshaft wurde in Anrechnung gebracht. (Der Staatsanwalt hatte für die Hauptangeklagten Zuchthausstrafen beantragt.) Linder, Schöner, Friedrich Seib, Ewald, Scheffel, Tremmel und Mürle wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt.

Tief erschüttert erfüllen wir hiermit die traurige Pflicht, den unerwarteten Tod unseres hochverehrten

**Herrn Direktors  
Dr. Wilhelm Kirsch**

bekannt zu geben.  
Wir verlieren an ihm einen vorbildlichen Lehrer, einen wohlwollenden Vorgesetzten und lieben Freund. Er war ein Mann von eiserner Pflichterfüllung, seltener Arbeitsfreude und nie versagender Hilfsbereitschaft. Er wird uns unvergessen bleiben.

**Die Lehrerschaft  
der Oberrealschule Schopfheim.**

### Bekanntmachung.

Der gesamte Durchgangsverkehr für Fahrzeuge vom Westen nach Osten wird auf der Kaiserstraße zwischen Waldhornstraße und Durlacher für die Dauer der Straßenarbeiten gemäß §§ 306 Hff. 10, 23 Straßfahrzeugsverordnung gesperrt.  
B. 760  
Karlsruhe, den 17. Juni 1924.  
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion C.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**DZ. Mannheim, 18. Juni.** Für den gestrigen Sonntag hatte die kommunistische Partei, Unterbezirk Mannheim, zu einer Kundgebung für die „revolutionären Kämpfer“ auf dem Mannheimer Friedhof einen Aufruf ergehen lassen, ohne der Polizei davon Kenntnis zu geben. Als die Polizei hiervon Kenntnis bekam, hat sie die Kundgebung verboten. Trotzdem stellten sich zu der festgesetzten Stunde, vormittags 10 Uhr, mehrere hundert Personen auf dem Friedhof ein und die Polizei schritt zur Auflösung der Versammlung. Die Räumung geschah ohne weiteren Widerstand.

**DZ. Menden, 15. Juni.** Zu der Gedenkfeier in Erinnerung an den 300. Geburtstag Grimmschhausens, des Dichters des Simplicissimus, wird mitgeteilt, daß an den Vorbereitungen hierfür schon seit geraumer Zeit die Gemeinde Menden und der Historische Verein für Mittelbaden beteiligt sind. Die Feier soll am 13. Juli stattfinden. Im Mittelpunkt steht eine Festschilde des Grimmschhausensforschers Professor Dr. Osterling-Karlsruhe und eine Freilichtaufführung von Szenen aus dem Simplicissimus, dramatisiert von Max Claus und unter Spielleitung von Dr. W. Rube vom Kurtheater in Baden-Baden.

**DZ. Emmendingen, 15. Juni.** Der Arbeiterbildungsverein Emmendingen beging heute die Feier seines 60jährigen Bestehens und verband damit einen großen Gefangenschaftsfeier, an dem sich etwa 58 Vereine mit rund 3000 Sängern beteiligten.

**DZ. Freiburg, 20. Juni.** In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch kurz nach 1 Uhr landete ein französisches Großkampflugzeug auf der Gemarkung Gumbelfingen. Die Insassen, ein Offiziersbeobachter und ein Sergeant vom 21. Flieger-Regiment in Nancy, hatten eine Karte bei sich, in der der Flug von Mainz über Kaiserslautern nach Nancy eingetragen war. Anschließend hatten sie sich verirrt. Die Landung erfolgte auf einem Kartoffelfeld in der Nähe von Gumbelfingen, wobei sich das Flugzeug zerbrach, daß es nicht mehr losgebracht werden konnte, sondern abmontiert werden mußte. Die beiden französischen Flieger wurden einem Verhör unterzogen, dann aber wieder freigelassen. Das Flugzeug liegt noch an dem Landungsplatz und wird von dem französischen Sergeanten bewacht, während der andere französische Flieger nach Frankreich abgereist ist, um seiner französischen Dienststelle Bericht zu erstatten.

**DZ. Freiburg i. Br., 20. Juni.** Am frühen Morgen des Fronleichnamstages ist Domkapitular Dr. Huber im Alter von 53 Jahren gestorben. Dr. Huber wurde am 1. September 1872 in Gorenberg, Amt Wiesloch, geboren. Er gehört seit 1921 der hohen Kirchenregierung an.

**DZ. Balingen, 17. Juni.** Am vergangenen Sonntag feierte der katholische Arbeiterverein das Fest seines 30jährigen Jubiläums, das in jeder Beziehung einen schönen Verlauf nahm. Am Sonntagmorgen zog ein stattlicher Zug zum Festplatz nach Münstertal, wo der Gründer des Vereins, Stadtpfarrer Gock, die Festpredigt hielt. Am Nachmittag tagte dann die Hauptversammlung. Stadtpfarrer Kling begrüßte die Erschienenen und besonders auch die zahlreich erschienenen Ehrengäste. Nach einigen Vorträgen des Männergesangsvereins „Sängerkreis“ eröffnete Stadtpfarrer Kling das Wort und behandelte in längerer Ausführungen die wichtigsten Arbeiterfragen des Tages. Nachdem auch der Verbandspräsident, Konfession. Dr. Walterbach-München, zu den grundsätzlichen Kernfragen für die katholische Arbeiterschaft Stellung genommen hatte, wurde die Tagung mit einigen weiteren Darbietungen des Sängerkreises geschlossen.

### Handel und Wirtschaft

**Nachdem Münchener-Thuringia.** Wie uns mitgeteilt wird, hat die im Jahre 1883 gegründete Versicherungsgesellschaft Thuringia in Erfurt sich der Badener und Rühriger Gruppe angeschlossen. Neben einer Kapitalbeteiligung der Badener und Münchener Feuer-Versicherungsgesellschaft ist ein Austausch von Aktien sowie von Aufsichtsratsmitgliedern vorgesehen.

**Süddeutsche Heu- und Strohpreise.** Es notierten an der letzten Börse je 100 Kilogramm Wiesenheu 5,5 bis 6,5 (unv.), Kleehheu 6,5 bis 7,5 (unv.), drahtgepreßtes Stroh 3,5 bis 4,5 (unv.).

**Vom Holzmarkt.** Der Markt ist leblos. Alle Versuche, durch Preisermäßigungen das Geschäft in Stamm- und Kopsware, in Rantholzern, besäumten Woblen, afrikanischen Seiten zu beleben, waren bisher erfolglos infolge der bei den Holzhändlern und Möbelfabrikanten herrschenden Geldnot. Wesentlich ermäßigte Angebote seither vielfach an den Schwiegereiten der Regulierung. Manche Interessenten verweigern auch die Hergabe von Wechseln und wie man hört, lehnen größere Firmen die aus Frühjahrabschlüssen jetzt fälligen Kzeptzahlungen ab. Derartige Weigerungen sind natürlich für das Geschäft sehr nachteilig, weil die Sägewerke mit den erwarteten und vereinbarten Zahlungen rechnen.

Nach einer Bekanntmachung der Bezirksverwaltungsstelle vom 17. Juni 1924, betr. des Londoner Goldpreises für eine Unze Feingold 95 sh. 6 d. bezog für ein Gramm Feingold 86,847 Pence.

### Staatsanzeiger

#### Bekanntmachung Festsetzung des Zuschlags zu den Brandentschädigungen.

Der gemäß Artikel 4 des Gesetzes vom 4. August 1920 über die Abänderung des Gebäudeversicherungs-Gesetzes zu gewährende Zuschlag zu der gesetzlichen Entschädigung wird bis auf weiteres in der Weise festgesetzt, daß für Schadensfälle, in denen die Wiederherstellung der Gebäude nach dem 31. März 1924 erfolgt ist, eine Gesamtentschädigung (Grundentschädigung samt Zuschlag) gewährt wird in Höhe des Betrages, der sich durch Beweilsachen der nach Baupreisen vom 1. August 1914 festgesetzten Entschädigung mit 20 Prozent des amtlich notierten Kurzes der Goldmark (Berliner Mittelkurs) vom Vortage der Auszahlung ergibt. Als Auszahlungstag gilt der Tag, an welchem die Kasse der Gebäudeversicherungsanstalt den Zahlungsauftrag an ihre Zahlungsstellen übersendet.

Karlsruhe, den 17. Juni 1924.  
Der Minister des Innern  
Kemmel

**Bekanntmachung**  
Nachdem ein Einverständnis unter den Beteiligten gemäß § 198 der alten Gemeindeordnung (i. V. mit § 105 Abs. 5 G.O.) nicht erzielt worden ist, wurde die Vereinigung der abgetrennten Gemarkung Hof Wlach mit der Gemeinde Boppenshausen (Amt Laubersbischhofheim) unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenzen mit Wirkung vom 1. April 1924 auf Grund des § 105 Abs. 1 G.O. angeordnet.

Die Anordnung ist rechtskräftig.  
Karlsruhe, den 13. Juni 1924.  
Der Minister des Innern  
J. A. Scheffelmeyer

**Bekanntmachung**  
Den Gemeinden Bühl und Bühlertal wurde die Genehmigung erteilt, unter samstäglicher Haftbarkeit verbundene Schulverschreibungen auf den Inhaber bis zum Gegenwert von 3000 Festmetern Nadelholz 3. Klasse sowie die zugehörigen Zinsheime auf den Inhaber auszugeben.

Karlsruhe, den 16. Juni 1924.  
Der Minister des Innern  
J. A. Leers

**Bekanntmachung**  
Der zwischen den abgetrennten Gemarkungen Hergemadt und Bemerstorf und der Stadtgemeinde Adelsheim, Amtsbezirk Adelsheim, abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgetrennten Gemarkungen mit der Stadtgemeinde Adelsheim mit Wirkung vom 1. Januar 1925 wurde unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenzen die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 13. Juni 1924.  
Der Minister des Innern  
Kemmel

### Personeller Teil

#### Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

**Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern**

**Ernannt:**  
Die Oberrevisoren Ernst Süßler in Badstüb, Karl Dörzbach in Mosbach, Wilhelm Engelhardt in Karlsruhe, David Hummel in Rehl, Oberrevisor Gustav Beck in Laß und Adolf Barth in Sinsheim zu Revisionsinspektoren.  
Notenmeister Friedrich Käsmann in Karlsruhe zum planmäßigen Polizeinachschreiber, Polizeiaffizient August Maurex in Karlsruhe zum Polizeisekretär.

**Versetzt:**  
Amtmann Adolf Münch an das Bezirksamt Schopfheim.

**In den einstufigen Ruhestand versetzt:**  
Verwaltungsinspektor Rudolf Krauth beim Bezirksamt Heidelberg, Oberpfleger Rudolf Kämmerer und Karl Müller, Oberpflegerin Marie Bus und Adelheid Bauer, Pfleger Roman Mablinger, sämtlich bei der Heil- und Pflegeanstalt Nienau, Pflegerin Mina Werner bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

**Ministerium des Kultus und Unterrichts**

**Ernannt:**  
Professor Dr. Josef Münch an der Oberrealschule in Bruchsal zum Direktor deselbst.

**Gestorben:**  
Professor Dr. Karl Schmidt am Gymnasium in Wetheim.

#### Städtisches Konzerthaus.

(Vorstellung des Badischen Landestheaters.)  
Freitag, 20. Juni. 7<sup>1/2</sup>—10 Uhr. Park I M. 4.00.  
Th.-Gem. B.V.B. I. Sondergruppe.  
Erstes Gastspiel des Russisch-Deutschen Theaters.  
**Der blaue Vogel.**

#### Städtisches Konzerthaus.

(Vorstellung des Badischen Landestheaters.)  
Samstag, 21. Juni. 7<sup>1/2</sup>—10 Uhr. Park I M. 4.00.  
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 7401—7800.  
Zweites Gastspiel des Russisch-Deutschen Theaters.  
**Der blaue Vogel.**

#### Herrenstoffe

**Herrentuchhaus  
Herrenstraße 22**

1924, nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, das Konkursverfahren eröffnet wegen Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wurde Gerichtsobervorwalter a. D. Baumann in Bruchsal ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 3. Juli 1924 dorthin anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung findet statt am Freitag, den 11. Juli 1924, vormittags 11 Uhr, und ebenfalls Prüfungstermin.

Offener Kredit und Anzeigefrist am 20. Juni 1924. Bruchsal, 16. Juni 1924.  
Der Gerichtsschreiber  
des Amtsgerichts.



Vertreter: Alfons Aigeldinger, Karlsruhe  
Marienstraße 60. Fernruf 2569.